

# Der Parlamentsbrief zum Landesbank-Skandal



Bayern,  
aber gerechter.

Informationen aus dem Bayerischen Landtag

Nr. 2|2009

www.bayernspd-landtag.de

## BAYERISCHE LANDESBANK – RAUS AUS DEM SCHWARZEN LOCH!

Erstens: Verantwortlichkeiten klären. Zweitens: Kontrolle stärken.  
In Zukunft muss die Bank der Wirtschaft und den Menschen in Bayern dienen.

Von Inge Aures, MdL

**D**er Freistaat Bayern hat im Dezember 2008 die drohende Insolvenz der Bayerischen Landesbank (BayernLB) abgewendet. Er hat die fehlenden 10 Milliarden Euro über Schulden finanziert und sozusagen als „fresh money“ in die Landesbank gepumpt, um die Kernkapitalquote zu erfüllen.

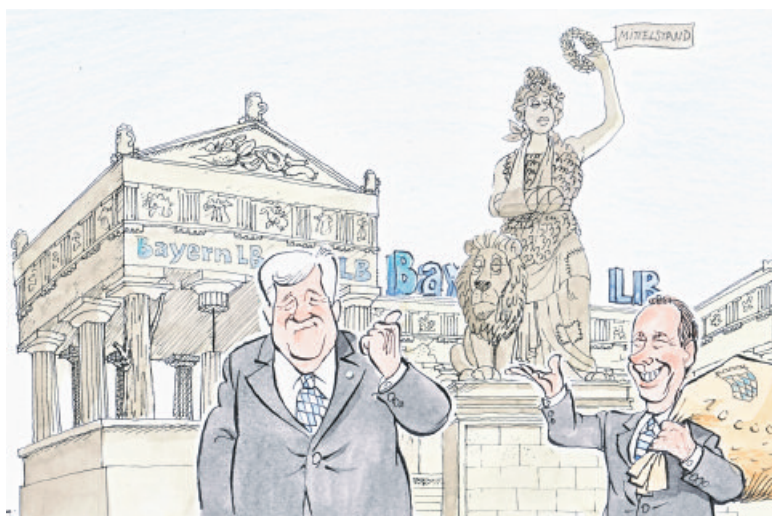
Der Gesamthaushalt des Landes Bayern hat pro Jahr ein Volumen von circa 40 Milliarden Euro. Mit den zehn Milliarden würde das Volumen des Haushalts auf fast 50 Milliarden Euro vergrößert. Das heißt also, dass etwa 20 Prozent eines gesamten Haushalts des Freistaates in der Landesbank verschwunden sind, nur um ein „Loch“ zu stopfen.

Derzeit läuft das Notifizierungsverfahren bei der EU. Dazu wurde das „Neue Geschäftsmodell“ eingereicht. Man will sich dabei wieder auf seine Kerngeschäfte konzentrieren – hätte man das mal früher getan!

In ihrem Größenwahn und in ihrer Arroganz hatten die Herren des Vorstands und des Verwaltungsrats jedes realistische Maß und Ziel verloren. Ausbaden müssen das jetzt die Mitarbeiter/innen der Landesbank. Die Umstrukturierungsmaßnahmen treffen Menschen, die mit den Fehlentscheidungen der „Großkopferten“ nichts zu tun hatten.

Die **zentralen Forderungen der SPD-Landtagsfraktion** sind daher:

- Der Verwaltungsrat wird mit drei Personalvertretern besetzt.
- Von jeder Fraktion der Landtagsparteien wird ein Vertreter in den Verwaltungsrat entsandt.
- Kein doppeltes Stimmrecht für die Vertreter der Staatsregierung.
- Der Landtag muss bei Veräußerungen und einer Änderung der Eigentümerstruktur beteiligt werden.
- Wir wollen keine Privatisierung der BayernLB, sondern eine öffentlich-recht-



liche Landesbank. Das Drei-Säulen-Modell in Deutschland hat sich bewährt und darf nicht an der Unfähigkeit der bisher handelnden Personen scheitern.

■ Fehlentscheidungen müssen korrigiert werden. Man muss dringend darüber nachdenken, ob man weiter Luxushotels betreiben soll oder nicht doch lieber 34.000 Mietwohnungen der GBW behält.

■ Die Verantwortlichkeit für diese Vorgänge muss überprüft werden. Es kann nicht sein, dass wenige Herren einen immensen finanziellen Schaden verursachen und ungeschoren davonkommen. Ein zentraler Punkt der anstehenden Arbeit unserer Fraktion ist, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Haftungs- und Schadensersatzansprüche gegen Verwaltungsrat und

Fortsetzung: Seite 4

**Fehlentscheidungen  
korrigieren.  
Verantwortliche zur  
Rechenschaft ziehen.**

Inge Aures, MdL  
Die frühere Oberbürgermeisterin  
von Kulmbach vertritt die  
SPD-Landtagsfraktion in der  
Kommission des Landtags zur BayernLB

### Die neue Landesbank

ZEICHNUNG:  
DIETER HANITZSCH,  
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 3.12.08

### Klartext

## DIE STAATSREGIERUNG IST ÜBERFORDERT. DIE BÜRGER ZAHLEN DIE ZECHE

Von Franz Maget, MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Wir können uns glücklich schätzen, dass es in Deutschland neben den privaten Banken auch erfolgreiche Sparkassen und zuverlässige Raiffeisen- und Genossenschaftsbanken gibt.

Für dieses System hat die SPD immer gekämpft und daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Auch die Landesbanken gehören dazu.

Umso schlimmer ist es, dass die Bayerische Landesbank in eine Existenz bedrohende Krise geraten ist. Nur durch den Einsatz von über 10 Milliarden Euro neuer Schulden konnte ihr Zusammenbruch verhindert werden. Niemand weiß heute genau, ob noch weitere Hilfen nötig sein werden. Das ist ein Desaster für den Staatshaushalt und für das Ansehen der Bayern LB.

Die Bayerischen Steuerzahler müssen jetzt für die Fehler einstehen, die von den Verantwortlichen im Vorstand und im Verwaltungsrat der Bank gemacht wurden. Vor allem die zahlreichen Minister der CSU, die jahrelang in den Aufsichtsgremien der Bank saßen und immer noch sitzen, haben hier ihre finanzpolitische Unfähigkeit bewiesen. Niemals hätte sich die Bayerische Landesbank, die einen klaren öffentlichen Auftrag hat, an der Immobilienfinanzierung in Amerika beteiligen dürfen. Vor allem dadurch sind Risiken in Milliardenhöhe angehäuft worden.

Schlimmer noch: Bis heute ist kein tragfähiges Zukunftskonzept für die Bayern LB erkennbar. Die Bayerische Staatsregierung ist mit der Lösung von Problemen, die sie selbst verursacht hat, überfordert.

Ihr



*Maget*

## BAYERNLB: DIE KURIOSEN BETEILIGUNGEN\*



## BayernLB Skandal trifft Wirtschaft

Von Dr. Paul Wengert, MdL, Wirtschaftssprecher der Landtagsfraktion

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat mit voller Wucht auch Bayern erfasst. Neben der Hypo Real Estate sitzt in Bayern jene Landesbank, die so viele öffentliche Hilfen benötigt wie kaum eine andere, nämlich die Bayerische Landesbank (BayernLB).

Die Krise der BayernLB hat nicht nur das Vertrauen in die Qualität des Bankmanagements und ihres nahezu komplett seit Jahr und Tag mit CSU-Granden besetzten Verwaltungsrats zutiefst erschüttert, sondern hat auch gravierende Folgen für die bayerische Wirtschaft.

Der Bankenstandort Bayern hat an Reputation verloren und als Wirtschaftsstandort wird der Freistaat durch den Rückgang des Osteuropageschäfts und die Probleme des Automobilsektors stärker beeinträchtigt als andere Bundesländer. Die Bayerische Landesbank war viele Jahre das zentrale Institut für die Industriepolitik des Freistaats Bayern, bis sie sich von einer Bank mit einem klaren öffentlich-rechtlichen und landespolitischen Auftrag in das internationale, risikoreiche und verhängnisvolle Investmentbanking verabschiedete.

Gerade im Bereich des Mittelstands und unterhalb der großen Konzernbetriebe hat die Landesbank nicht unerheblich zur Finanzierung der Geschäfte beigetragen. Mit der Landesbank an der Seite konnten die bayerischen Sparkassen konsortial Kredite anbieten, die sie alleine nicht hät-

ten stemmen können. Nicht nur im deutschen Bankwesen insgesamt, sondern auch als Kreditgeberin für die bayerische Wirtschaft war und ist die Landesbank systemrelevant.

Die schwierige finanzielle Ausgangslage, die öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellungen und die neuen/alten Geschäftsfelder haben vor dem Hintergrund der besonders exportabhängigen, meist mittelstandsgeprägten bayerischen Wirtschaft schwer wiegende Auswirkungen:

- Der „Spielraum“ für industriepolitische Aktivitäten wird erheblich kleiner werden.
- Das Konsortialgeschäft, ob als Konsortialführer oder Teilnehmer, wird schwieriger.
- Sollte es zu einer lang anhaltenden Rezession kommen, werden Retail- und Industriegeschäft nachhaltig betroffen sein.

Unabhängig von der zukünftigen gesellschaftsrechtlichen Organisation der Bayerischen Landesbank muss das Kerngeschäft des öffentlichen Auftrags in Bayern wieder gestärkt und dauerhaft gesichert werden.

Darüber hinaus hat sie die Funktion der Staats-, Kommunal- und Sparkassenzentralbank auszuüben. Sie wird sich auf den Wirtschaftsstandort Bayern konzentrieren müssen.



Dr. Paul Wengert, MdL, ist Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie des Bayerischen Landtags, der Landtags-Kommission zur Begleitung der Krisenbewältigung bei der Bayerischen Landesbank und des Beirats für sparkassenrechtliche Grundsatzfragen

## BAYERNLB: DIE CHRONOLOGIE DER KRISE

### Das finanzielle Drama der BayernLB begann schon vor 2005,

... als sich auf EU-Ebene der Wegfall der Anstaltslast sowie der Gewährträgerhaftung abzeichnete. Die BayernLB „pumpt“ sich noch einmal mit billiger Liquidität in Milliardenhöhe voll, ohne eine konkrete Geschäftsidee zu haben. Deshalb kaufte die Bank so genannte ABS-Papiere auf dem US-Markt. Die CSU-Mitglieder im Verwaltungsrat, allen voran die „Finanzexperten“ Prof. Dr. Faltlhauser, Erwin Huber und Dr. Günter Beckstein nickten alles munter ab, was man ihnen vorlegte. Im Krisenjahr 2007 hatten sie lediglich zwölf Verwaltungsratssitzungen abgehalten!

Monatelang betrieb dann Finanzminister Huber gegenüber dem Landtag Irreführung und Desinformation. Obwohl er wöchentlich über die Verluste der BayernLB unterrichtet wurde (am 4.12.07 waren es 1,44 Mrd. Euro, am 6.2.08 schon 1,89 Mrd. Euro), gab er sich noch am 12.2.08 im Haushaltsausschuss unwissend.

1,9 Mrd. Euro betrogen die Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungen aus dem ABS-Engagement schließlich für das Jahr 2007.

Offensichtlich sahen Huber und Beckstein auch nach dem Debakel durch das Engagement auf dem US-Hypothekenmarkt keine Notwendigkeit, die weiteren Risiken der BayernLB abzubauen und die Abenteuer auf dem kollabierenden US-Finanzmarkt zu beenden. Nur so lässt sich erklären, dass es zu weiteren Verlusten in Höhe von 300 Millionen Euro durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers am 15.09.2008 bei der BayernLB kommen konnte.

Ende 2008 musste ein Rettungspaket von Bund und Land für die BayernLB von 30 Milliarden Euro geschnürt werden, davon 10 Milliarden Euro Kapitalspritze nur durch den Freistaat und 20 Milliarden Euro Garantien.

Im Jahr 2008 verbuchte die BayernLB schließlich rote Zahlen in Höhe von 5.000.000.000 Euro (5 Mrd. Euro).

# ZUKUNFT OHNE ZOCKEN!

## SPD-LANDTAGSFRAKTION FORDERT DEMOKRATISCHE REGELN FÜR DEN FINANZMARKT

Von Adelheid Rupp, MdL  
und Florian Ritter, MdL

**W**eltweit kämpfen Staaten mit Milliardenbeträgen gegen die Folgen von Zockerei, Raffgier, Ahnungslosigkeit und Dummheit. Über Jahre hinweg haben sich Spekulanten auf Kosten der Allgemeinheit an den internationalen Finanzmärkten bereichert. Dieses System ist nun zusammengebrochen.

Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens und die Zeche müssen in erster Linie die normalen Bürgerinnen und Bürger zahlen. Finanzmärkte müssen seriös, verlässlich und transparent sein – und für Laien verstehbar. Wir müssen dafür sorgen, dass sie zukünftig kein Tummelplatz mehr für die Gierigen und Maßlosen sind.

Deshalb wollen wir Managergehälter begrenzen, Steuerhinterziehung bekämpfen und Steueroasen austrocknen, die Börsenumsatzsteuer wieder einführen und die Finanzmarktaufsicht stärken.

Wir wollen einen TÜV für Finanzprodukte zur Stärkung des Verbraucherschutzes, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds regulieren mit dem Ziel, das Ausschlach-

ten von Unternehmen zu verhindern, und europäische Ratingagenturen unter öffentliche Kontrolle stellen. Die Kriterien für das Rating sollen sich auch an einer sozialen, ökologischen und nachhaltigen Unternehmenspolitik orientieren.

Die Bändigung des Finanzmarktes ist aber nur eine von vielen dringenden Aufgaben. Die SPD hat im Bundestag und im Bayerischen Landtag in den letzten Monaten enorme Anstrengungen des Staates zur Stützung der Konjunktur und zur Sicherung von Arbeitsplätzen auf den Weg gebracht.

Diese Konjunkturprogramme wirken. Doch die entstehenden Kosten für die Allgemeinheit müssen auch getragen werden. Es muss verhindert werden, dass nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nur die Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, diese Lasten schultern müssen. Deshalb ist eine Reichensteuer aktueller denn je.

Durch die Spekulationen auf dem Finanzmarkt sind in den letzten Jahren immense Gewinne und Vermögen angehäuft worden. Es ist nur eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Besitzer dieser Vermögen nun auch die Verantwortung mit übernehmen.

Gerade angesichts des Zocker-Desasters der Bayerischen Landesbank, das enorme Risiken für den bayerischen Staatshaushalt verursacht hat und auf Jahre hinaus auch die Bürger in Bayern belasten wird, setzen wir uns im Landtag dafür ein, dem längst überfälligen Paradigmenwechsel – weg vom Raubtierkapitalismus, hin zu einer demokratischen Regulierung des Finanzmarkts – zum Durchbruch zu verhelfen.



**Weg vom Raubtierkapitalismus!  
Eine Frage der Gerechtigkeit.**

**Adelheid Rupp, MdL,  
stellvertretende Vorsitzende  
des Finanzausschusses im  
Bayerischen Landtag,  
und SPD-Haushaltspolitiker  
Florian Ritter, MdL**

### LANDTAG WILL VERANTWORTLICHE DER BAYERNLB ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

In ihrer Sitzung am 2. Juli hat die Kommission zur Bayerischen Landesbank (BayernLB) des Bayerischen Landtags beschlossen, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Darin soll überprüft werden, ob es in Verwaltungsrat und Vorstand Verantwortliche für das Milliarden-Desaster gibt, die für ihr Versagen zur Rechenschaft gezogen werden können und auch haften müssen.

Die Ergebnisse des Gutachtens sollen in sechs Monaten vorliegen. Dazu die Stellvertretende Kommissionsvorsitzende Inge Aures, MdL: „Es kann nicht sein, dass sich alle Verantwortlichen einfach in die Rente oder den politischen Ruhestand verabschieden. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu erfahren, wer welchen Anteil am Debakel der BayernLB trägt.“

### Gastkommentar

## SCHWARZE BANK MIT ROTEN ZAHLEN

**W**enn im obersten Gremium eines Finanzinstituts acht von zehn Mitgliedern namhafte CSU-Politiker sind, wird man von einer „schwarzen Bank“ sprechen dürfen. Bayerns durch und durch schwarze Landesbank schreibt in beängstigendem Ausmaß rote Zahlen und stürzt das ganze Land in die Krise. Der Steuerzahler muss mit zehn Milliarden Hilfe leisten. Eine unfassbare Zahl!

Dass es auch anders geht, bewies die Münchner Stadtparkasse zur selben Zeit: Im Krisenjahr 2008 wäre sogar das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte erzielt worden, wenn da nicht die Abschreibungen wegen der Landesbank wären....



**Von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude**

Darf man jetzt den Landesbanken gestatten, die ebenso gesunden wie bewährten Sparkassen mit in den Abgrund zu reißen? Deutschlands Kommunen sind sich einig: Nein! Seit vielen Jahren steht fest, dass eine einzige Landesbank für Deutschland ausreichen würde und dass ein fehlendes Geschäftsmodell nicht durch aberwitzige Finanzabenteuer ersetzt werden kann.

Also: Hände weg von den Sparkassen, die mehr denn je das Vertrauen der Bevölkerung genießen und mehr denn je gebraucht werden, um den Standort Deutschland wieder flott zu machen. Den Landesbanken darf nicht erlaubt werden, ihre Probleme auf die Sparkassen abzuwälzen oder den Sparkassen das Wasser abzugraben. Das wäre eine Politik nach dem Motto: „Macht kaputt, was noch heil ist.“

### BayernLB und die ABS-Papiere

Die wesentliche Ursache der Krise der BayernLB ist der Kauf von ABS-Papieren (Asset Backed Securities, forderungsbesicherte Wertpapiere). Mit diesen Papieren haben US-amerikanische Hypothekenbanken ihre Forderungen gegenüber amerikanischen „Häuslebauern“ an andere Institute weiterverkauft. Die amerikanischen Banken haben aber Kredite an Schuldner vergeben, die in Deutschland nie kreditwürdig gewesen wären.

Das Volumen der ABS-Papiere der BayernLB erreichte 2001 seinen absoluten Höchstwert mit 36,4 Milliarden Euro. 2006 waren es noch 34,0 Milliarden.

Ab August 2007 gab es nach der Aussage von Michael Kemmer, damals Finanzvorstand der BayernLB, keinen Markt mehr für den Verkauf der ABS-Papiere. Nach Meinung von Sachverständigen wäre ein Verkauf noch bis Juni oder sogar noch bis Ende Juli 2007 möglich gewesen. Das hatten Aufsichtsrat und Vorstand verpasst.

## DIE BAYERNLB BRAUCHT EFFEKTIVE KONTROLLE

Landesbankgesetz: Personal und Parlament müssen künftig im Verwaltungsrat der BayernLB vertreten sein!

Von Dr. Simone Strohmayr, MdL

**B**ei einer Neuregelung des Landesbankgesetzes in Bayern muss festgelegt werden, dass künftig die Aufgaben der Bayerischen Landesbank klar geregelt sind und die Kontrollmechanismen effektiv funktionieren. Nur so kann es gelingen, dass sich ein Desaster wie die Landesbank-Krise nicht wiederholt.

Es ist besonders wichtig, dass der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank künftig fachkundig und differenziert besetzt wird. Die bisherigen Akteure in diesem Gremium, insbesondere Mitglieder der CSU-Staatsregierung, haben kläglich versagt und es nicht geschafft, die Vorgänge in der Bank effektiv zu kontrollieren.

**Wir wollen im Sinne einer effektiven und kompetenten Kontrolle den Verwaltungsrat neben der Staatsregierung mit Vertretern von Sparkassen, Kommunen sowie Parlament und Personal besetzen.** Besonders bedeutend sind dabei für uns die Vertreter des Landtags und der Mitarbeiter der Landesbank.

### Das Parlament – Vertreter der Bürger Bayerns

Jeder Bürger Bayerns hat umgerechnet etwa 800 Euro für die Rettung der Bayerischen Landesbank bezahlt. Das ist viel Geld! **Der Bürger hat damit auch ein besonderes Informations-, Kontroll- und Mitspracherecht bei der Gestaltung der**



**Dr. Simone Strohmayr, MdL,** Finanzpolitikerin der SPD-Landtagsfraktion, ist Mitglied in der Kommission des Landtags zur Bayerischen Landesbank

**Zukunft der Bayerischen Landesbank.** Daher die Forderung der SPD-Landtagsfraktion, dass das Parlament durch die Vertreter aller Fraktionen an den Entscheidungsprozessen bei der Bayerischen Landesbank aktiv beteiligt wird.

### Drei Personalvertreter in den Verwaltungsrat

Darüber hinaus stehen bei den anstehenden Umstrukturierungen der BayernLB die Arbeitnehmerinteressen im Vordergrund. Über 1.000 Stellen sollen allein in

### Kontrolle & Mitbestimmung

**Der SPD-Vorschlag zur Besetzung des Verwaltungsrats der BayernLB:**

- 5 Vertreter der Ministerien (3 Minister und zwei Externe)
- Vertreter aller Fraktionen des Parlaments
- 1 Vertreter der Sparkassen
- 1 Vertreter der Kommunen
- 3 Personalvertreter

München abgebaut werden, konzernweit sind es 5.600. Darüber hinaus werden weitere Stellen umstrukturiert, da andere Leistungsprofile für den Veränderungsprozess der Bank erforderlich sind. Das macht deutlich, dass das Personal, als Hauptbetroffener, in Entscheidungen der Bank aktiv mit einzubinden ist und eine starke Position im Verwaltungsrat braucht. Ein einzelner Personalvertreter kann in einem elfköpfigen Gremium sonst nur wenig ausrichten! Die SPD-Fraktion fordert daher, künftig drei Personalvertreter in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank zu entsenden.

### Impressum

Parlamentsbrief  
BayernSPD-Landtagsfraktion  
Bayerischer Landtag  
81627 München  
www.bayernspd-landtag.de  
Redaktion: Johannes Messerer  
Verantwortlich: Bernd Eichhorn  
© SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag



## Was Bayern mit 10 Milliarden Euro alles hätte finanzieren können .....

**10 Milliarden Euro sind 10.000.000.000 Euro,** sind 10.000 Millionen Euro. Zehn Milliarden Euro entsprechen 800 Euro pro Einwohner in Bayern oder 5,387 Euro je Schüler/in.

Mit 10 Milliarden Euro, das haben CSU und FDP im Bayerischen Landtag durchgesetzt, hat der Staatshaushalt die Landesbank "gerettet".

**Was hätte man von dieser gewaltigen Summe finanzieren können, wie hätte man das Geld der Bürgerinnen und Bürger besser investieren können?**

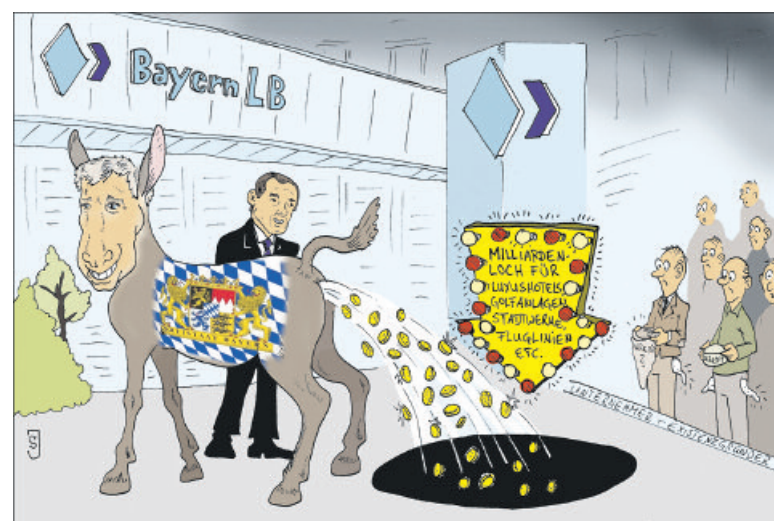
- 476 Jahre lang 1.000 Schulsozialarbeiter (Landesanteil)
- 28.571 zusätzliche Lehrer/innen für fünf Jahre oder 3,571 für 40 Jahre
- 9 Schuljahre lang ein Mittagessen für alle (!) bayerischen Schüler/innen
- alle Klassen an allgemeinbildenden Schulen mit mehr als 30 Schüler/innen für die nächsten 70 Jahre abbauen oder für 16 Jahre alle Klassen mit mehr als 25 Schülern
- 100 Jahre lang das kostenlose Kindergartenjahr für alle (!) Kinder

## BAYERNLB – RAUS AUS DEM SCHWARZEN LOCH!

Fortsetzung von Seite 1

Vorstand sowie gegen die bereits ausgeschiedenen Damen und Herren werden wir rechtlich prüfen lassen (Siehe Seite 3). Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die zehn Milliarden Euro, die jetzt versenkt wurden, wieder zurück in den Staatssäckel fließen. Mit diesem Geld hätte man vielen Menschen ein besseres und sozial gerechteres Leben bieten können.

In Zukunft muss unsere BayernLB so aufgestellt sein, dass sie der heimischen Wirtschaft und den Menschen dient. Es gilt, alle bayerischen Regionen zu stärken, und dabei muss der Freistaat Herr des Geschehens bleiben.



**Schaut gut aus, Horst, jetzt haben wir schon mehr als den gesamten Etat für die bayerischen Schulen versenkt!**

KARIKATUR: JÜRGEN SCHEIBE